

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 15.11.2023
Beginn: 19:05 Uhr
Ende: 20:40 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach,
Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Björn Kornmüller

Gemeinderat/-rätin

Herr Oliver Bossert

Freie Wähler

Frau Ortsvorsteherin Heike Christmann

Herr Jürgen Herrmann

Herr Otto Höger

Herr Ortsvorsteher Joachim Karcher

Herr Karl-Heinz Ried

Herr Ortsvorsteher Michael Wenz

CDU

Herr Günter Denninger

Herr Jürgen Dummler

Herr Roland Rädle

Herr Norbert Ried

Herr Günter Sing

SPD

Herr Manuel Haas

Herr Reinhard Haas

Herr Jens Walch

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Heike Günther ab 19:20 Uhr

Frau Sabine Kronenwett

Frau Simone Rausch

Herr Uwe Rohrer

Gemeinderat/-rätin

Herr Ortsvorsteher Hans-Gerhard Kleiner

Protokollführer

Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung

Herr Thomas Anderer

Frau Petra Goldschmidt

Herr Benedikt Kleiner

Herr Ronald Knackfuß

Sachverständige

**Herr Stefan Wammetsberger –
Ingenieurbüro Köhler + Leutwein**

Abwesend:

Freie Wähler

Herr Alexander Bodemer – e –

Frau Heidi Ochs – e -

CDU

Herr Peter Kiesinger

Herr Steffen Langendörfer – e -

Bündnis 90/Grüne

Herr Thomas Guthmann – e -

Herr Andreas Hartmann – e -

Frau Dr. Susanna Vollmer – e –

SPD

Herr Michael Nowotny – e -

Frau Cornelia Nürnberg – e -

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**

- 2 **Fragen der Gemeinderäte**

- 3 **Aktuelle Flüchtlingssituation in Karlsbad und
Erwartungen an den Bund
Vorlage: 10/1561/2023**

- 4 **Beratung und Beschlussfassung über die Erklärung der
Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den
Umlandgemeinden bezüglich deren finanzieller
Beteiligung an der Generalsanierung der Gebäude im
Schulzentrum Karlsbad
Vorlage: 10/1558/2023**

- 5 **Informationen zum Bau der Querungshilfe, L 622 OD Ittersbach, sowie Beratung und Beschlussfassung über die außerplanmäßige Ausgabe**
Vorlage: 60/1562/2023
- 6 **Beratung und Beschlussfassung über die Fortschreibung der Finanzplanung für den Haushalt 2024 (2025 bis 2027)**
Vorlage: 20/1549/2023
- 7 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Karlsruher Straße 6 u. 8**
Bauantrag: Neubau eines Mehrfamilienhauses mit 12 Wohneinheiten
Grundstück: Karlsruher Straße 6 u. 8, Spielberg, Flst.Nr. 33, 34
Vorlage: 60/1560/2023
- 8 **Genehmigung von Protokollen**
- 9 **Fragen der Zuhörer**
- 10 **Verschiedenes**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 07.11.2023 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 20 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 09.11.2023 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Karcher Joachim, Rädle Roland , Haas Reinhard, Rohrer Uwe .

zu 1 **Bekanntgaben**

Keine aus nichtöffentlicher Sitzung.

zu 2 **Fragen der Gemeinderäte**

GR Hans Kleiner kündigt an, Ausführung zu dem Thema MZG / Bürgerbeteiligung zu machen. Sein Vorschlag, dies unter dem Top Verschiedenes zu machen wird, vom Vorsitzenden bestätigt.

GR Roland Rädle (CDU) weist auf mangelhafte Stellen bzw. den fehlenden endgültigen Teerbelag bei der Jahnstraße hin. Ortsbaumeister Ronald Knackfuß erläutert, diesbezüglich bei der Baufirma nachzuhaken. Die Restarbeiten sollen dann noch in diesem Jahr erfolgen soweit witterungstechnisch möglich.

zu 3 **Aktuelle Flüchtlingssituation in Karlsbad und Erwartungen an den Bund** **Vorlage: 10/1561/2023**

Der Vorsitzende führt kurz in Sachverhalt ein dann hält Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner einen Sachvortrag anhand der ausführlichen Vorlage.

Der Vorsitzende hält anschließend einen Sachvortrag (wesentliche Auszüge):

„Die Flüchtlingssituation ist eines der Themen, welche die Verwaltung am meisten beschäftigt. Nur die Bundespolitik kann die Situation gänzlich lösen – wir müssen vor Ort schauen, wie wir mit der Lage zurechtkommen. Die Lage für die Kommunen ist sehr ernst und kritisch. Es braucht ein Bündel an Maßnahmen. Es geht dabei auch nicht nur darum, den Geflüchteten ein Bett zu geben. Aber auch hier wird es immer schwieriger, an Wohnraum zu gelangen und bereits jetzt gehen uns die Möglichkeiten und Varianten aus. Hätten wir nicht vor einigen Wochen schnell auf den neuerlichen Anstieg der Zahlen reagiert, wären wir hier schon jetzt deutlich prekärer unterwegs.

Darüber hinaus fehlen über kurz oder lang wichtige Infrastruktureinrichtungen in erforderlicher Menge: Kindergartenplätze, Schulplätze (von den Fachkräften dort ganz zu schweigen). Auch darf die ärztliche Versorgung nicht unerwähnt bleiben. All diese Punkte haben uns an den Rand der Belastungsgrenze gebracht. Natürlich tun wir als Verwaltung alles – aber es ist absehbar, dass wir hier auf ein Scheitern zulaufen werden. Das ist eine bittere Erkenntnis – aber die Wahrheit! Und diese muss an der richtigen Stelle ausgesprochen werden. Auch das ist unsere Pflicht. Daher, meine Damen und Herren, ist es uns wichtig, dass auch die Gemeinde Karlsbad (andere Kommunen haben das auch bereits getan) auf die aktuellen Zahlen hinweist und gleichzeitig aber auch ganz deutlich zum Ausdruck bringt, dass wir hier in vielerlei Hinsicht die Belastungsgrenze erreicht haben. Wenn die Basis Probleme meldet (oder mehr) dann sollte das nicht ignoriert werden. Wir wünschen uns von den politischen Parteien Lösungen.“

Bewertung im Gemeinderat

Von einem hochkomplexen Thema spricht GR Roland Rädle (CDU). Durch die große Integrationsbereitschaft in Karlsbad sei seit 2015 bis jetzt sehr viel aufgefangen worden. Das Thema sei in diesem Zeitraum leise bewältigt worden. Ein Signal zu senden sei jetzt

angebracht. Der Präsident des Gemeindetages Steffen Jäger habe sinngemäß deutlich ausgedrückt, die Realitäten laut auszusprechen. Karlsbad stoße an Grenzen beziehungsweise sei teilweise auch schon über diesen.

GRin Heike Christmann (Freie Wähler) schließt sich Rädle an. Sie bedankt sich für das große Engagement das die Ehrenamtlichen hier leisten, ebenso die Verwaltung. Der Appell müsse jetzt nach oben gehen.

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) meint, dass die Resolution des Gemeindetages getragen werde. Dass eine Grenze erreicht sei werde auch so gesehen. Er bedankt sich ebenfalls bei den Ehrenamtlichen. 2015 / 2016 seien die weiteren Schritte zur Suche von Wohnraum in Karlsbad nicht zu Ende geführt worden. Die Situation verschärfe sich jetzt. Es gelte sich kurz- und mittelfristig zu wappnen und auf die weitere Entwicklung vorzubereiten.

GR Reinhard Haas (SPD) sagte, dass die Erklärung voll und ganz mitgetragen wird. Das reine Bauen von Wohnungen helfe nicht weiter, die Integrationsprobleme bestünden weiter.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

- 1) Der Gemeinderat nimmt die aktuelle Situation der Flüchtlingsunterbringung in Karlsbad zur Kenntnis
- 2) Der Gemeinderat bekräftigt, dass bei Unterbringung, Versorgung und Integration in Karlsbad die Belastungsgrenze erreicht ist
- 3) Die Verwaltung wird beauftragt, im Austausch mit dem Landkreis, den Abgeordneten und den Medien auf die angespannte Situation und die daraus resultierenden Notwendigkeiten hinzuweisen

Einstimmig beschlossen Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 4 Beratung und Beschlussfassung über die Erklärung der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden bezüglich deren finanzieller Beteiligung an der Generalsanierung der Gebäude im Schulzentrum Karlsbad Vorlage: 10/1558/2023

Nach einer kurzen Einleitung des Vorsitzenden hält Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner Sachvortrag anhand der Vorlage und einer Power-Point-Präsentation.

Diskussion im Gemeinderat

GR Joachim Karcher (Freie Wähler) spricht von einem nicht einfachen Thema. Die Gemeinde könne jedoch nicht darauf verzichten und die summierte mögliche Kostenbeteiligung einfach liegen lassen. Er will wissen, ob die Zahler sich dann planerisch beteiligen könnten. Kleiner antwortet, dass dies grundsätzlich möglich sei und vertraglich geregelt werden könne. Er rechne damit, dass das Land den zahlungspflichtigen Umlandkommunen Zuschüsse gewähren werde. Damit solle der kommunale Frieden bewahrt werden.

Für GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) steht außer Frage, den Weg zu gehen. Die Summe sei in Ordnung. Möglicherweise würden manche Kommunen auf Verwaltungsebene schon zu

den Summen einig werden. Dies könne die Gemeindeverwaltung im Verhandlungswege klären wenn ein Auftrag dafür besteht, so der Vorsitzende.

GR Roland Rädle (CDU) meint, dass beispielsweise die jetzt hohe Summe für Waldbronn heruntergebrochen auf eine jährliche Beteiligung des über 50 Jahre bestehenden Schulzentrums überschaubar wäre. Waldbronn beteilige sich kostenmäßig nicht an der Gemeinschaftsschule, obwohl die Gemeinde im Schulnamen enthalten sei. Darüber hinaus finanziere Karlsbad ja auch die digitale Infrastruktur und die Medien alleine. Der Weg, Kommunen zu beteiligen, sei gerechtfertigt. Durch neue Baugebiete in Waldbronn wachse zudem der Anteil der auswärtigen Schüler aus der Nachbarkommune weiter. Natürlich sei die angespannte Finanzlage von Waldbronn ein interkommunales Thema. Dies sei bedauerlich für den interkommunalen Frieden. Allerdings investiere Karlsbad in diesem Bereich dauerhaft mehr.

GR Reinhard Haas (SPD) meint, dass es höchste Zeit für diesen Weg sei. Mit den Steuergeldern müsse sorgsam umgegangen und auf solche Beteiligungsmöglichkeiten geachtet werden. Er sei optimistisch, dass auf längere Sicht eine Lösung bei einsichtigen Beteiligten möglich wird.

Grin Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne) fragt nach möglichen Gegenrechnungen von Kommunen die Karlsbader Schülerinnen und Schüler besuchen. Damit sei, so der Hauptamtsleiter, nicht in erheblichem Umfang zu rechnen.. Die Zahlen seien in den anderen Gemeinden nicht annähernd auf dem gleichen Niveau. Landkreisschulen sind nicht betroffen (z.B. Ettlingen) da die Regelung nur kommunale Schulträger erfasse.

Auf Nachfrage erklärt er weiter, dass es nur im Schulbereich diese Regelung gebe bei der andere Kommunen zu einer Kostenbeteiligung verpflichtet werden könnten. Für Kindergärten gebe es den interkommunalen Ausgleich bereits seit langem mit geregelten Beträgen

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung der Gemeinde Karlsbad namens der Gemeinde Karlsbad gegenüber den Umlandgemeinden Waldbronn, Straubenhardt, Keltern, Marxzell, Stadt Karlsruhe, Achern, Bad Herrenalb, Dettenheim, Dobel, Ettlingen, Malsch, Mühlacker, Neuenbürg, Pfinztal, Remchingen, Rheinstetten die Bereitschaft der Gemeinde Karlsbad zur Zusammenarbeit mit den Umlandkommunen erklärt, um gemäß § 32 SchG mit den Umlandkommunen eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zu deren finanzieller Beteiligung an der Generalsanierung der Gebäude im Schulzentrum Karlsbad abzuschließen.

Einstimmig beschlossen Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 5 Informationen zum Bau der Querungshilfe, L 622 OD Ittersbach, sowie Beratung und Beschlussfassung über die außerplanmäßige Ausgabe Vorlage: 60/1562/2023

Der Vorsitzende leitet kurz ein bevor Ortsbaumeister Ronald Knackfuß weitere Ausführungen auf Vorlagenbasis macht.

Im Zuge der Sanierung der Landesstraße L622, Ortsdurchfahrt Ittersbach, wurde mit dem Regierungspräsidium/Landratsamt Karlsruhe vereinbart, dass eine Querungshilfe in Höhe der Einmündung Feldbergstraße/Oberer Wasen auf Höhe L 622 (Lange Straße) ausgebaut werden soll. Damit wird einem langjährigen Wunsch des Ortschaftsrates Ittersbach

entsprochen. In der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 26.04.2023 wurde über den Sachverhalt informiert. Nach dem von allen Fraktionen Zustimmung zum Bau der Querungshilfe signalisiert wurde, erhielt das Ingenieurbüro Köhler & Leutwein den Auftrag zur Abstimmung entsprechender Planungen mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe.

Stefan Wammetsberger vom Ingenieurbüro Köhler & Leutwein erläutert das Thema auf Basis einer aktuellen Abstimmung mit dem Regierungspräsidium. Diese plane die Sanierung der L 622. Sofern Gelder bereitgestellt werden, könne mit einem Baubeginn im Frühjahr / Sommer 2024 gerechnet werden. Saniert werden soll die gesamte Ortsdurchfahrt und ca. 300 bis 400 Meter darüber hinaus. Voraussichtlich wird die Straße komplett erneuert (Vollausbau). Mögliche Umbaumaßnahmen sollten daher kombiniert mit dem Vorhaben geprüft werden. Dazu gehörten die Führung der Radwege über die Landesstraße nach dem Radwegkonzept der Gemeinde. Darüber hinaus sollen die Querung und die Haltestelle barrierefrei ausgestaltet werden. Das Büro stimme sich regelmäßig mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe ab. Es habe die Vorplanung bereits freigegeben. An der weiteren Planung wird gearbeitet. Die Ausführungsplanung als Grundlage für die Ausschreibung soll voraussichtlich Mitte / Ende Februar 2024 an das Regierungspräsidium übergeben werden. Bauabschnitte und ein Bauzeitenplan liegen aktuell noch nicht vor.

GRin Heike Christmann (Freie Wähler) bedankt sich für das Angehen des Themas. Der Zustand der Straße sei nicht mehr akzeptabel "Löcherpiste". Zudem wird von Langenalb her zu schnell in den Ort eingefahren. Sie möchte die weiteren Umgestaltungswünsche – z.B. Gehwege verbreitern einbringen. Weiter hofft sie darauf, dass der Baubeginn tatsächlich so wie momentan vorgesehen umgesetzt werden kann. Wammetsberger informiert, dass das Regierungspräsidium nur die reine Straße komplett saniere. Zusätzliche Veränderungen müssten mit eingeplant werden. Der Vorsitzende ergänzt, dass versucht werde, das Projekt so schnell wie möglich umzusetzen. Die ergänzenden Maßnahmen müssten beim Ausbau jetzt berücksichtigt werden, beispielsweise das Thema Bushaltestelle-. Zunächst handle es sich nur um eine Vorplanung. Finanziell gesehen handle es sich um ein echtes Karlsbader Projekt (Deckungsvorschlag Platzgestaltung Rathausplatz).

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, die Planung zum Bau der Querungshilfe in der OD Ittersbach zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, und die dafür notwendige außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von ca. 100.000 € aus nicht verbrauchten Haushaltsmitteln der HH-St. IBA1-40007, Platzgestaltung Rathaus Langensteinbach, zu genehmigen.

Einstimmig beschlossen Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 6 Beratung und Beschlussfassung über die Fortschreibung der Finanzplanung für den Haushalt 2024 (2025 bis 2027) Vorlage: 20/1549/2023

Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Änderungen in der Finanzplanung seien nicht eingearbeitet.

Befragt zum aktuellen Steueraufkommen erläutert sie, dass die Zahlen bisher stabil seien. Bei der Gewerbesteuer sei man momentan ca. 1 Million Euro über dem geplanten Ansatz.

Dies könne sich jedoch noch bis zum Jahresende ändern. Zu dem Zeitpunkt werde nochmals berichtet.

GR Günter Denninger (CDU) weist auf die Defizite (Rücklagenentnahme) in der Finanzplanung hin.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt die Fortschreibung der Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2024 mit den Finanzplanungsjahren 2025 bis 2027 auf Basis des in der Anlage beigefügten Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzhaushalt.

Mehrheitlich beschlossen Ja 20 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

zu 7 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Karlsruher Straße 6 u. 8
Bauantrag: Neubau eines Mehrfamilienhauses mit 12 Wohneinheiten
Grundstück: Karlsruher Straße 6 u. 8, Spielberg, Flst.Nr. 33, 34
Vorlage: 60/1560/2023

Joachim Guthmann erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Bei den Vorberatungen im Ortschaftsrat sei gefragt worden, ob die Fahrgassenbreite ausreicht. Die rechtlichen Vorgaben hierzu seien eingehalten.

Die Einwendungen – u.a. höheres Verkehrsaufkommen durch die dichte Bebauung – seien kein Ablehnungsgrund.

GR Joachim Karcher (Freie Wähler) berichtet aus der Ortschaftsratssitzung. Die Größe des Vorhabens habe keine Jubelströme hervorgerufen. Andererseits sei das Grundstück vorhanden und könne bebaut werden. Das Vorhaben sei ausführlich diskutiert und bei 4 Jastimmen und 4 Enthaltungen befürwortet worden.

GR Reinhard Haas (SPD) vergleicht das Vorhaben mit einem anderen bereits umgesetzten Bau. Das geplante Vorhaben dürfte da kein Problem bereiten.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle das Ergebnis der Vorberatung des Ortschaftsrates Spielberg zur Kenntnis nehmen (über das Ergebnis wird in der Sitzung berichtet) und das Gemeindeeinvernehmen erteilen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 18 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

zu 8 Genehmigung von Protokollen

Das Protokoll vom 25.10.2023 wird einstimmig genehmigt. Eine inhaltliche Rückfrage von GR Günter Denninger zu Aussagen darin wird von Ortsbaumeister Ronald Knackfuß bestätigt.

zu 9 Fragen der Zuhörer

Keine.

zu 10 **Verschiedenes**

GR Hans Kleiner sagt zu dem Thema MZG / SPES zusammenfassend, dass Geld vielleicht bzw. mit hoher Wahrscheinlichkeit für das Vorgängerprojekt "Gutes Älterwerden" gefehlt habe. Dieses Thema sollte wieder ins Leben gerufen werden. Er regt an, dies unbedingt in der Klausurtagung zu behandeln. Der Vorsitzende nimmt dies auf.

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner informiert, dass eine Hausmeisterstelle für das Schulzentrum Langensteinbach ausgeschrieben wird. Infolge eines krankheitsbedingten längeren Personalausfalls müsse der Betrieb im Laufen gehalten werden. Die halbe Stellenplanstelle Hausmeister Langensteinbach / Rathaus soll dafür verwendet werden, man müsse aber um 0,5 Stellen ergänzen, damit eine Vollzeitstelle ausgeschrieben werden könne.

gez. Björn Kornmüller
Vorsitzender

gez. Hans-Dieter Stößer
Protokollführer/in

Gemeinderat Joachim Karcher
Urkundsperson

Gemeinderat Reinhard Haas
Urkundsperson

Gemeinderat Roland Rädle
Urkundsperson

Gemeinderat Uwe Rohrer
Urkundsperson